

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint wöchentlich am Donnerstag, am Sonntag als Beiblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Monatsheften abgesehen M. 15.00 monatlich. Die abgelaufenen Bezugs-Gebühren-Zeile endet im Oktoberheft M. 2.50, im anstehenden Heft M. 2.50. Näheres die Nummern-Liste M. 2.00 im Oktoberheft und M. 2.00 im anstehenden Heft. Bezugs-Gebühr: Jahr über voran. Geschäfts-Gebühr: Halle a. S., Neue Dammstraße 1a und Große Dammstraße 17. Verlags-Verwaltung: Halle a. S., Markt 34. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle a. S.“. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle a. S.“. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle a. S.“. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle a. S.“.

Bedingter Zahlungsaufschub.

Die Antwort aus Paris — Lloyd George gegen Erpressungspolitik — Ablehnung des Mißtrauensvotums im Reichstag — Deutschenausweisung in Oberschlesien.

Ans Wirkung der deutschen Antwort.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission hat ganz offenbar die Wollen zertrümmert, die bisher den Himmel überlattet haben. Selbst nationalfeindliche französische Blätter haben sich jetzt wohl oder übel gezwungen angesehen, daß die deutsche Antwort bei den fremden Finanzmännern den Beweis des guten Willens Deutschlands erbracht habe. Das ist immerhin ein bedeutender Fortschritt, nachdem man bisher in der französischen Presse auch bei dem weitesten Entgegenkommen der deutschen Regierung immer nur von dem bösen Willen Deutschlands als. Freiheit hindert das die französische Presse nicht, die Antwort Deutschlands insofern als einen Triumph der Entente-politik (lies: der französischen Politik) zu betrachten, als sie schreibt, Deutschland sei nur durch Drohungen, d. h. durch die Drohung der Ruhrbesetzung zu einer vernünftigen Haltung gebracht worden, und deshalb müsse dieses Mittel auch in Zukunft angewandt werden.

Im übrigen scheint die internationale Anleihe auch einen politischen Akt auslösen zu sollen. Mit überraschender Blühigkeit tritt jetzt wieder der Gedanke eines englisch-französischen Garantievertrags in den Vordergrund. Es ist möglich, daß das plötzliche Aufstehen dieses mehrfach gescheiterten Planes tiefer Gründe hat. Wie man hört, sollen sowohl die Vereinigten Staaten wie England darauf bestehen, daß eine internationale Anleihe Deutschland nur dann gewährt werden könne, wenn mit der französischen Sanktionspolitik ein für allemal Schluss gemacht werde. Ob sich Frankreich dazu verstehen wird, bleibt abzuwarten; sollte dies der Fall sein, so wäre es bei der hysterischen Parität Frankreichs vor einer deutschen Revanche selbstverständlich, daß jetzt von neuem dieser Garantievertrag ausgegraben und aufgenommen wird. Möglicherweise also stellt die Erörterung dieses Planes eine Vorbereitung dar, um den französischen Publikum, insbesondere den Chauvinisten, eine nachgiebige Politik in der Sanktionsfrage einigermaßen milder zu machen.

Weiterer Aufschub.

Die Entscheidung der Reparationskommission. Paris, 1. Juni. In später Nachtstunden hat die Reparationskommission die Entscheidung über die Note der Reichsregierung gefällt. In einem von den vier Mitgliedern der Kommission, nämlich dem Franzosen, dem Engländer, dem Italiener und dem Belgier unterschriebenen Brief nimmt die Kommission Kenntnis von der Erklärung Dr. Bircks und teilt mit, daß diese im Großen und Ganzen befriedigend sei, um den am 31. Januar Deutschland provisorisch erteilten Aufschub aufrechtzuerhalten zu können. Im weiteren läßt die Kommission jedoch nicht zu, daß die Möglichkeit eines Scheiterns der internationalen Anleihe, aber die gegenwärtig in Paris von den internationalen Bankiers beraten wird, Deutschland ohne Weiteres das Recht gebe, seine Zahlungen mit den neuen Banknotenausgaben zu begleichen. Wenn die Anleihe nicht zustande komme, so werde Deutschland neue Vorschläge unterbreiten müssen. Außerdem betont die Entscheidung der Reparationskommission wiederum den provisorischen Charakter und die Möglichkeit des Widerrufs.

Lloyd George über die Reparation.

Die Rede kurzelt darüber. — Deutschland verdient Mitleid. London, 31. Mai. Unterwegs. In einer kurzen Darlegung der Reparationsfrage sagte Lloyd George, man könne annehmen, daß die trübselige Phase, in der sich die Reparationsfrage vor kurzem befand, für den Augenblick vorüber sei. Es bestehe kein Grund zu einem Zwist zwischen Frankreich und England und alle Mitteilungen, die ihm zuzugingen, drückten die Hoffnung aus, daß ein Abkommen zustandekommen würde, das nicht nur für den Schuldner, sondern auch für die Gläubigerstaaten annehmbar sein würde. Er freue sich, daß die deutsche Regierung sich wirklich bemühe, den Wünschen der Reparationskommission entgegenzukommen. Nach Erwähnung der Schwierigkeiten der deutschen Regierung sagte Lloyd George weiter, die jüdische deutsche Regierung habe sich verpflichtet, ihr Bestes zu tun, um den Friedensvertrag auszuführen, und er glaube, sie bemühe sich ernstlich um seine Ausführung. Sie habe erheblichen politischen Schwierigkeiten entgegenzutreten; wenn sie diesen Schwierigkeiten begegne, wie sie es tatsächlich tue, so habe sie Anspruch auf Mitleid und jeden Respekt, den man gewähren könne. Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrages würde eine Politik sofortigen Unheils für Deutschland sein. Ohne Frage würde Frankreich allein vorgehen, wenn Deutschland dem Versailles-Vertrag gegenüber irgendeine Mißachtung zeigen würde. Wenn eine deutsche Regierung an das Ruder komme, die dem Friedensvertrag Widerstand leisten wolle, so würde Frankreich bei der Ausführung seiner Bestimmungen nicht allein gelassen werden, sondern England und Frankreich würden zusammen-

vorgehen. Großbritannien trete für eine Politik der Mäßigung und auch für die Politik der Erfüllung des Vertrages ein. Jedes fölierte Vorgehen seitens eines der Verbündeten würde unheilvoll sein für die zwischen ihnen bestehende Entente.

Die Uebergabe Oberschlesiens

wird etwa um den 10. Juni beginnen, und vorausgesetzt, daß keine Zwischenfälle eintreten, etwa vierzehn Tage beanspruchen. Die Grenze zwischen dem geraubten Teile und dem beim alten Vaterlande verbleibenden wird also etwa am 1. Juli gezogen sein. Es werden dann sofort die Vorarbeiten für die Autonomieabstimmung in die Wege geleitet werden.

Oberschlesien „Deutschenein“.

Massenflucht.

Seit drei Tagen mehren sich in den Gebieten Oberschlesiens, die an Polen fallen sollen, die Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung. Deutschen Geschäftsleuten wurden die Läden geplündert, deutsche Beamte und deutsche Arbeiter namentlich auf den Gruben aberfallen und schwer mißhandelt. An einzelnen Stellen hat es Kämpfe gegeben, an denen Hunderte von Menschen beteiligt waren. Die Deutschen haben vielfach sich gegen die polnischen Nationalistenbanden energisch gewehrt und sie mit blutenden Köpfen beimgeholt.

Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich um eine sorgfältig vorbereitete politische Aktion, die den Zweck hat, die Gebiete, die man dem deutschen Vaterlande raubt, noch vor der Uebergabe „deutschenein“ zu machen. Durch das passiv Verhalten der internationalen Kommission, der Besatzungstruppen und der Polizei ist dieser Zweck bedauerlicherweise zum Teil erreicht worden. Durch die Flüchtlingsschellen sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie berichtet wird, hat der Kreisfunktrollen von Ratibowitz auf ein Ersuchen um Einlass von Truppen abschlägig geantwortet mit dem Bemerkten, daß die Truppen nicht zu Polizeizwecken zur Verfügung stünden. Auch im Kreis Hindenburg ist eine neue Banditenläuferei bemerkbar. Aus Angermünde, Lypna, Arnswalde und anderen Herden der polnischen Bewegung liegen Berichte vor über die heftigste Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Vor allem sollen die deutschen Bergbaubeamten durch Polen, Franzosen, Belgier und Tschechen erpresst werden.

Die neuen Postgebühren.

Ab 1. Juli.

Die neue Postgebührenordnung, die vom Reichstag genehmigt worden ist, bestmögliche am Dienstag den Postgebührenauschuss des Reichstages. Die ersten vier Punkte der Postgebührenordnung, welche die Erhöhung der Postkarten- und Briefgebühren umfaßt, wurden nach der Vorlage unverändert angenommen. Vom 1. Juli werden danach erhoben:

- 1. für die Postkarte a) im Ortsverkehr 0,75 Mark, b) im Fernverkehr 1,50 Mark;
2. für den Brief a) im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mark, über 20 bis 100 Gramm 2 Mark, über 100 bis 250 Gramm 3 Mark; b) im Fernverkehr bis 20 Gramm 3 Mark, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm 5 Mark.

Dagegen entspann sich bei den weiteren Punkten, welche die Gebührenerhöhung für Drucksaften, Geschäftsbriefe, Warenproben und Mißgebunden behandeln, eine längere Ausrede. Von verschiedenen Parteien wurde der Antrag gestellt, für diese vier Arten von Postsendungen eine gemeinsame Gebühr einzuführen, und zwar zur Vereinfachung und Beseitigung des Postbetriebes. Von dem Reichspostministerium wurden gegen diesen Antrag schwere Bedenken erhoben, aber in Aussicht gestellt, daß diese Fragen später zusammen mit dem Verkehrssteuern und dem Postauschuss des Reichstages behandelt werden sollen. Zum Abschluß sind die Verhandlungen am Dienstag noch nicht geschlossen.

Eine Anzahl deutscher Industrievertreter aus Hamburg, Berlin, Rheinland und Westfalen sowie Sachsen sind in Moskau angekommen. Sie wollen die wirtschaftliche Lage Sowjet-Russlands studieren. Die Räteregierung hat ihnen Beamte zur Verfügung gestellt.

Die Buchdrucker der Buchdruckerei, die bisher das benötigte Wochenblatt: Rheinische Republik des Separatisten-Sowjets drucken, verlangen sich zu weiter heranzustellen. Brand-

Reparationen, Mißtrauensvotum und Demokratische Reichstagsfraktion.

Der Reichstag hat den deutschnationalen Mißtrauensantrag in der Reparationsfrage gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt. Es ist in höherem Maße bedauerlich, daß in letzter Stunde die Deutsche Volkspartei zu der prinzipiellen Opposition der äußersten Rechten und äußersten Linken einzwang. Was die beiden Reichsparteien und die Kommunisten verlangen, ist kein Parlamentarisches mehr. Mitten in einer schwierigen Verhandlung fand die Regierung unmöglich im Parlament Rede und Antwort stehen. Sie würde damit ihre Verhandlungsposition und somit die Interessen ihres Landes aufs Schwerste gefährden. Der Reichstag hat ja in jedem Falle das Recht, ein jetzt in Paris zustande kommendes Abkommen abzulehnen oder anzunehmen. Die Regierung ist der Vertrauensauschuss der Parlamentsmehrheit. Legt sie dem Parlament Ergebnisse einer politischen Unternehmung vor, die keine Mehrheit finden, so muß sie nach der Befassung zurücktreten. Man kann sie gewiß auch vorher kürzen, aber dann muß die absolute Sicherheit bestehen, daß eine neue Regierung bessere Ergebnisse zustande bringen wird. Besteht diese Sicherheit nicht und lassen sich die Verhandlungsergebnisse noch nicht völlig übersehen, dann ist es ein unverantwortliches Beginnen, das schwere Geheiß des parlamentarischen Mißtrauensvotums lediglich als Begleitbühlerischüsse der Parteimagination donnern zu lassen. Die Parteien sollten sich hüten, in schwelende Verfahren plump einzugreifen, dagegen ist es unter Umständen ihre Pflicht, der Regierung gegenüber die warnende Stimme zu erheben. Eine solche Warnung kann auch die Verhandlungsposition der eigenen Regierung, wenn sie von gefährlichen Unternehmungen geführt wird, erheblich stärken. In diesem Betracht ist eine Kundgebung von höchstem Wert, die die Demokratische Reichstagsfraktion ergreifen läßt. Die Demokraten haben selbstverständlich den kürzlichsten deutschnationalen Demonstrationsantrag, der aus formalen Gründen der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen wollte, abgelehnt. In der Sache aber erklären sie:

„Wie das bereits von dem Sprecher der Fraktion verkündet worden ist, hat sich die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei gegenüber den Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission völlig freie Hand vorbehalten. Sie geht dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß es nicht Aufgabe der Parteien sein kann, in schwelende Verfahren und im Fluß befindliche diplomatische Aktionen einzugreifen, sondern daß es dem verantwortlichen Zustand entspricht, sich zu entscheiden, wenn seitens der verantwortlichen Stelle der Reichsregierung, des Reichstanzlers, ihre Vorlagen unterbreitet werden, zur gesetzlichen Verabschiedung, für welche die Reichsleitung eintritt. Sie betrachtet dabei die mit der Reparationskommission gepflogene diplomatische Korrespondenz als einen Teil der auf Gewährung einer Anleihe an Deutschland abzielenden Verhandlungen und ist dazu um so eher in der Lage, als die in dieser Korrespondenz zugelegte Stellungnahme bedingt und abhängig ist von einer auch der Demokratischen Fraktion hinreichenden finanziellen Unterstützung zu Bedingungen, die eine dauernde Regelung und Bereinigung des Reparationsproblems für eine voraussehbare Zeit sicherstellen. Gegenüber der jetzt veröffentlichten Note bestehen eine Reihe von ernsthaften Bedenken, die der Fraktionsredner gleichfalls bereits berührt hat. Allerdings ohne Kenntnis des Wortlauts. Der Inhalt der Note ist nicht geeignet, diese Bedenken zu verschleiern. Es ist nunmehr abzuwarten, wie sich die vorausgesetzlichen Geldgeber (berieten durch die Pariser Anleihekommission) zu der Anleihefrage stellen werden. Die Anleihe ist ein freiwilliger Akt sowohl des internationalen Anlagepublikums wie der deutschen Regierung. Ihr Abschluß bedarf der verfassungsmäßigen Genehmigung. Die Anleihe anzunehmen oder abzulehnen — mit der Ablehnung fallen selbstverständlich alle in dem Notenwechsel etwa gemachten Zusagen — hat sich die Fraktion durchaus vorbehalten. Sie ist jedenfalls gewillt, nichts zu unterzeichnen, 1. was Deutschland nach unierem pflichtmäßigen Ermessen nicht leisten kann, 2. was nicht eine wirkliche Erleichterung gegen den heutigen Zustand bedeutet. Mit der Politik der Ultimata und der Regelung auf kurze Termine muß es jedenfalls bei der Behandlung unserer finanziellen Verpflichtungen ein Ende haben.

Diese Entscheidung der ausschlaggebenden Demokratischen Reichstagsfraktion kann weder von unierem Fraktionshändler in Paris, noch von den Mitgliedern der Reparationskommission übersehen werden. Sie bedeutet keine Störung der Verhandlungen, sondern, wenn Herr Herms sich auf diplomatische Verhandlungen verleiht, eine wichtige Stützung unserer Verhandlungsposition. Dabei wäre es verfehlt, in

Auslands-Rundschau.

Der englische Zeitungserleger Horatio Bottomley, Parlamentsmitglied und Herausgeber des "John Bull", eines in einer Auflage von einer Million verbreiteten Blattes, ist wegen Unterschlagung von über 100 000 Pfund zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Von Nahe und Fern

Berzburg. Der Begründer der Deutschen Gewerkschaften und Genosse der Brüsseler Firma Soltau Ernst Soltau ist 84 Jahre alt gestorben.

Kanthal. Der Streit auf den Raatl. Gasse Berg- und Sattenern (den) geht weiter. Während auf den meisten Werken die Notstandsarbeiten beschieden werden, müßten in Jullushütte und in Ofen die Schmelzen ausgefallen werden.

Beimar. (Der Wasserwirtschaftsverband) hat sich zur Schaffung einer Geschäftsführer-Gesellschaft für die Einleitung einer Wasserleitung in Beimar entschlossen.

Dudersdorf. (Eine Typhusepidemie) wüthet hier. Bei 90 Erkrankten sind bis jetzt 12 Todesfälle zu verzeichnen.

Göttingen. (500 Mark Einreisegeld für Ausländer) Unter Magistrat hat den Beschluß gefaßt, für die Erteilung der Einreisegeldbescheinigung ein vorübergehendes Aufnahmefähigkeitsvermerk für die Einreisegeldbescheinigung von 500 Mark zu erheben.

Rus aller Welt

Was in einer Nacht geschmuggelt wurde.

Die Schmuggler an der polnischen Grenze haben hohe Zeit. In früher nie gekanntem Umfange werden tagtäglich Waren aller Art in Massen über die Grenze zu Schmuggeln verführt. Tag und Nacht sind unglückliche Grenzbeamte haben wie drüben angestrengt tätig, den Schmugglern auf die Fährten zu gehen, und das Schmuggelgewerbe nicht ohne Gefahr ist, gegen die Kaufleute, daß er in einigen Tagen an einem neuen bunten Elementen nicht brennen (Schmuggel) einen neuen nachfolgenden beim Schmuggeln erfolgen wurde. In derselben Nacht gelang es den Beamten an dieser Lebensanstelle die folgende katifische Anzahl von Gegenständen, die geschmuggelt werden sollten, zu beschlagnahmen: 1 Dutzend schonebuntes, 3 Damenbret, 63 Paar Stiefeln, 1 Dutzend künstliche Blumen, 1 Goldwafer, 2 Harmonicas, 4 Paare Zimmermannsgeld, 1 Waldhiesel, 1 Raffensmähle, und mehrere Dutzend Porzellaneller und Tassen. Die Beutestücke einer einzigen Nacht gibt gewiß einen anschaulichen Begriff von dem beispiellosen Dreifigkeit, mit der die Schmuggler ihrem bunten Sandwetter ungeachtet der jährliehen Kontrolle abgeben.

Ein nachgebornes Kind Kaiser Karls. Die Kaiserin Zita wurde am Mittwoch in Madrid von einem Mädchen entbunden.

Den Mühsüßler wegen 50 Pfennig erschlagen. Eine Anaben- schülerin mit tödlichem Ausgang ereignete sich in Berlin, zwei Schüler waren wegen eines 50-Pfennig-Geldstückes miteinander in Streit geraten. Hierbei ersticht der eine Knabe dem andern mit einer hölzernen Spielkugel einen Schlag an den Kopf, so daß der Geschlagene, aus Mund und Nase blutend, zur Erde fiel. Er starb auf dem Wege zum Arztenhaus.

Es etwa eine der üblichen Resolutionen zu lesen. Sie ist der feste Willensausdruck des verantwortungsbewußten demokratischen Bürgerturns. Als solches wirkt sie vielleicht härter, als wenn etwa der Reichstag eine ähnliche Entschlieung gefaßt hätte, bei der aus Agitationsrücksichten die einzelnen Parteien sich in Beschränkungen überboten hätten. Die Verbindung der demokratischen Reichstagsfraktion ist in diesem Sinne überhaupt kein Produkt der Parteipolitik. Unbeschämmt um Wahlstimmen wird hier die äußerste Grenze des Entgegenkommens gezeigt, das die Vertretung des freihheitlichen Bürgerturns zeigen kann. Die Wortführer des nationalen Blodes sind in Frankfurt (oben) dabei, nachdem die Anleiheverhandlungen sich ausschließlich gefaßt haben, nach neuen Konflikten zu suchen. Die Reichstagsfraktion hat sich selbstmörderisch von den französisch-belgischen Militärs Forderungen distanzieren lassen, die im Friedensvertrag feinerle Stütze finden. Sie sind aber auch wirtschaftlich unfruchtbar. Deutschland soll jetzt, wo jeder freie Arm für die Reparationen arbeiten muß, Verstärkungen an Eisenbahnen vornehmen, von denen nur ein frantes Heer annehmen kann, daß sie militärischen Zwecken dienen könnten. Die Forderung ist dabei noch zu gestellt, daß man von uns verlangt, wir sollen in dem Rheinland, wo nach dem Friedensvertrag Militär nicht gehalten werden darf, Bahnen für einen belgisch-französischen Krimasch herrichten. Es wird notwendig sein, daß die Finanzbeamten, die jetzt in Paris tagen, auch dieser Seite der französischen Sabotagepolitik ihr Ungemessen jügendem.

Das vollparteiliche Mißtrauensvotum.

Die Sentenzen des Tages.

Reichstag. Berlin, 31. Mai. Der Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark zur Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit Nordschleswig an Dänemark entstandenen Fragen kommt zur zweiten Beratung.

Reichstagsler Dr. Wirth: Den Bestrebungen der Regierung, mit Dänemark zu einer günstigen Verständigung zu kommen, stand ursprünglich der Gedanke eines dreiseitigen Vertrages entgegen. Dänemark lehnt aber schließlich die direkte Verständigung vor. Der günstige Wölsch der Verhandlungen ist nicht zuletzt dem sachliche weitläufigen Auftreten des dänischen Außenministers zuzuschreiben. Der Reichstagsler dankt den Personen, die die Vertragsverhandlungen gefördert haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß die zu Dänemark geschlossenen ehemals deutschen Staatsbürger auch unter ihrer neuen Regierung die deutsche Kultur pflegen können. Dr. Wirth empfiehlt schließlich den Vertrag zur Annahme, der geeignet sei, die nationalen Gesinnungen zu überbrücken.

Abg. Frohme (Sob.) nimmt in einer kurzen Erklärung dem Vertrag zu.

Abg. Thonien (D.) will erkennen die unter dem Druck des Verfallens dem Vertrag zugestimmte willkürliche geordnete neue Druck nicht an. Untere Zustimmung zu dem vorliegenden Vertrag ändert nichts an unserem Protest gegen das Deutschland zugestimmte Unrecht.

Abg. W. K. (D. V.) will erkennen dem Vertrag zu, wenn er auch bekannt und durch den Reichstag an die Regierung der Unüberwindlichkeit nicht genügend gelehrt ist. Unser Protest gegen die unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völler geordnete Geleite bleibt bestehen.

Abg. Dr. Bretschneider (H. S.): Von allen unter dem Druck von Verfallens unzulänglichem Verträgen ist dieser der am wenigsten schmerzliche. Auch wir Deutsche, die der Unüberwindlichkeit nicht ausreichten durchzuführen, hoffen, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark verhalten wird, daß jeder Rangel praktische Folgen hat. Wir stimmen dem Vertrag zu.

Abg. Gothein (Dem.) schließt sich dem Bedauern des Vorredner über den Mangel eines Schutzes der nationalen Minderheiten an und erklärt gleichfalls das Vertrauen zur dänischen Regierung aus, daß sie den deutschen Minderheiten gerecht wird.

Der Staatsvertrag wird hierauf in zweiter und dritter Beratung fall einstimmig angenommen.

Abg. Dr. B. (D. V.) erklärt die sofortige Befreiung der deutschen Antwort an die Reparationskommission auf die Tagesordnung zu legen, da hieron die Faltung der Volkspartei zum Mißtrauensvotum abhängt.

Abg. Dittmann (H. S.) nimmt zu, fordert aber Befreiung auf morgen.

Nach langer Geschäftsordnungsdebatte wird die Angelegenheit dem Reichstagen übergeben. Der Antrag der Sitzung seinen Vordring machen wird. Der Entwurf der Erhöhung der Versicherungsrente der Kranterversicherung (Erhöhung der Beitragspflicht auf 72 000 Mark) wird in zweiter und dritter Sitzung angenommen, ebenso die Gesetze über Bodenbesitz und Abgaben, über Abgrenzung der Beiträge für die soziale Versicherung und teilweise Umgestaltung der Angelegenheitenversicherung, d. h. Aushebung der Beitragspflicht auf Jahreseinkommen bis 100 000 Mark. Ebenso werden das Goldanleihegesetz und der Gesetzentwurf über die Erhaltung der Vermögenslosenbeiträge in 2. und 3. Sitzung genehmigt. Das Reichshauptgesetz wird ohne Auspruch des legalistischen Ausschusses übergeben.

Von den Unabhängigen ist eine Interpellation eingebracht, welche Auskunft über die Barriere Reparationsverhandlungen verlangt. Dem Reichstagen ist weiter ein Antrag der Unabhängigen eingebracht, die Reparationsfrage zu besprechen, wenn der Reichstagsler zu weiteren Mitteilungen bereit ist. Dieser Antrag wird unter großer Schärfe gegen die Barriere der Rechte angenommen. Vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Deutschen erklärt Abg. Christian (Unabh.), daß seine Fraktion den Antrag ablehnt, weil er nur dem demagogischen Agitationsbedürfnis der Reaktion entspreche.

Abg. Hergl (Deutschnational) verliest eine längere Erklärung, in der ausgeführt wird, daß durch die heute verabschiedete Reparationsfrage der deutschen Mißtrauensantrag erhöhte Bedeutung erhalte.

Abg. Dr. Beder (D. Vpl.) erklärt, seine Fraktion werde nach Kenntnisnahme der deutschen Reparationsnote dem deutschen Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. H. Klein (Komm.) nimmt für den deutschen Mißtrauensantrag.

Abg. Leist (D. Vpl.) lehnt ihn ab. Der deutsche Mißtrauensantrag wird dann gegen die Deutschenationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und die Kommunisten abgelehnt.

Dienstag, 13. Juni, Reparationsinterpellation. Schluß 2 1/2 Uhr.

Der Reichstag ist bis 13. Juni in die Ferien gegangen, nachdem der Preussische Landtag bereits vor einigen Tagen seine Arbeiten geschlossen hat. Gleich zu Beginn des Wiederzusammentretes am 13. Juni, wird die Deutsch-Demokratische Fraktion des Reichstages sich in einer Sitzung eingehend mit der Postfachordnung befassen. Für eine Fraktionsungang am 16. Juni ist die Befreiung der Getreideumlage auf die Tagesordnung gesetzt. Referent ist der Ministerpräsident in Oldenburg Langen, Korreferent der Abg. Dr. Böhm.

Deutsches Reich.

Schandakten im besetzten Gebiet. Raum hat sich im Kreise Wingen die Erregung über die Ermordung eines Arbeiters durch einen farbigen Antorsoffizier, der mit der auffälligen milden Strafe von zwei Jahren Gefängnis davon kam, gelegt, als in demselben Kreise ein jugendlicher Arbeiter ohne jeden Grund von einem farbigen Soldaten mit dem Kopfengewehr zusammengehauen wurde. Bald darauf, am 21. Mai, ist auf dem Rodusberge bei Wingen ein 23jähriger fränkisches Kadeten am hellen Tage von einem farbigen Soldaten nach schweren Mißhandlungen ermordet worden. Die sich immer und immer wiederholenden Gräueltaten gegen die farbigen Franzosen gegen die unglücklichen Bewohner des besetzten Gebietes, die niemals ausreichend gefehrt werden, haben dem demokratischen Abg. K. R. ein Anlaß zu einer kleinen Anfrage im Reichstag gegeben.

Der Stütz der Pflücker erwiderte sich nach dem geltenden Recht auf die Größe bis 2 1/2 Hektar. In der Sitzung des Wohnungsausschusses des Reichstages am 30. Mai wurde er unter Ablehnung weitergehender Anträge der Sozialisten auf Antrag des Demokraten Böhmie bis zu einer Grenze von 2 1/2 Hektar erweitert.

Ämtliche Berliner Börsen vom 1. Juni.

Table with multiple columns: Feilverzinsstoffe, Inländische, Bank-Aktion, Industrie-Aktion, Ausländische, Brauerei-Aktion, Versicherungs-Aktion, Kolonial-Werte, Nichtamtlich. Includes various stock and bond prices.